

1948 klingt diese Spannung an, wenn dort von Israel als einem „jüdischen und demokratischen“ Staat gesprochen wird.

In den letzten Jahren haben sich die Gewichte in diesem labilen Verhältnis deutlich und nach rechts zur eindimensional-religiös-nationalen Seite hin geneigt. Die israelische Gesellschaft und das Verhältnis der Institutionen untereinander werden von deutlichen Zeichen der Illiberalität und Unduldsamkeit – keineswegs nur im Verhältnis zur arabischen Bevölkerung – durchzogen, die auch in einem Teil der öffentlichen Meinung des Landes sehr kritische Reaktionen hervorrufen.⁴⁸ Vorfälle im Verhältnis zur Justiz (Nichtumsetzung von Gerichtsentscheidungen durch die Regierung), innerhalb des Bildungswesens (Anprangerung sog. liberaler Personalpolitik im Universitätswesen durch zionistisch-nationale Kreise) und im Kulturbereich (Stigmatisierung von Künstlern, die Auftritte in den besetzten Gebieten (Ariel) verweigern) repräsentieren gefährliche Tendenzen.

Das nur auf den ersten Blick schon mit der Staatsgründung im Jahre 1948 vollendete, aus dem nationalstaatlich orientierten 19. Jahrhundert stammende zionistische Projekt steht heute vor einer doppelten Herausforderung: der Absicherung des Staates Israel gegenüber äußeren Feinden (Iran) sowie der Gewährleistung seiner Existenz innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen auf der einen Seite und der Verbindung der jüdischen Prägung mit den liberalen pluralistisch-demokratisch-rechtsstaatlichen Errungenschaften moderner westlicher Industriestaaten⁴⁹ in einer globalisierten Welt auf der anderen Seite. Für unruhige bis stürmische Zeiten für das Projekt Israel in der Zukunft ist also gesorgt.

⁴⁸ Bannerträger dieser Kritik im publizistischen Spektrum Israels ist die (links-)liberale Tageszeitung „Haaretz“.

⁴⁹ An der Herbeiführung dieser Errungenschaften haben gerade jüdische Intellektuelle und Vertreter des öffentlichen Lebens in herausragender Weise mitgewirkt. Auch die Vision THEODOR HERZLS von einem jüdischen Gemeinwesen in Palästina war durchaus liberal und rechtsstaatlich angelegt.